

Rechtliche Rahmenbedingungen

1. Welches Beispiel gehört nicht in den Bereich des öffentlichen Rechts?
 - A Der Steuerpflichtige Rieger erhält vom Finanzamt einen Einkommensteuerbescheid mit einer Nachzahlung von 4.800,00 €.
 - B Das Bauamt erteilt dem Privatmann Bauer die Genehmigung zum Bau einer Veranda.
 - C Mieterin Linda Lemke erhält ein Schreiben ihres Vermieters, aus dem hervorgeht, dass die Miete um 120,00 € erhöht wird.
 - D Fritz Fiedler erhält einen Bußgeldbescheid, weil er zu schnell gefahren ist.

2. Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit
 - A Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens zu tätigen.
 - B rechtsgültige Verträge zu schließen.
 - C Träger von Rechten und Pflichten zu sein.
 - D strafrechtlich belangt werden zu können.

3. Die unentgeltliche Überlassung von Sachen auf Zeit und Rückgabe derselben Sache erfolgt im Rahmen eines
 - A Sachdarlehensvertrages.
 - B Leihvertrages.
 - C Pachtvertrages.
 - D Mietvertrages.

4. Holger (15 Jahre) erhält monatlich 90,00 € für eine Monatskarte und Schulbücher von seinen Eltern. Er spart davon zwei Jahre und kauft sich dann ein Rennrad für 1.000,00 €. Die Eltern sind mit dem Kauf nicht einverstanden und verlangen die Rückgabe. Muss der Verkäufer das Rennrad zurücknehmen und den Kaufpreis erstatten?
- A** Nein, denn der Kauf fällt unter den Taschengeldparagrafen.
 - B** Ja, da Holger beschränkt geschäftsfähig ist, kann er ohne Zustimmung der Eltern niemals rechtsverbindliche Willenserklärungen abgeben.
 - C** Ja, denn die Willenserklärung eines beschränkt Geschäftsfähigen ist nichtig.
 - D** Ja, die Taschengeldregelung des § 110 BGB ist nicht anwendbar, da der monatliche Betrag nicht zur freien Verfügung überlassen wurde. Ohne Zustimmung bleibt der Vertrag schwebend unwirksam.
5. In welchem Fall liegt ein zweiseitiges Rechtsgeschäft vor, welches einseitig verpflichtend ist?
- A** Bürgschaft
 - B** Kündigung
 - C** Testament
 - D** Kaufvertrag
6. Welches der folgenden Rechtsgeschäfte ist anfechtbar?
- A** Ein Betrunkener verkauft im Vollrausch sein neues Auto für 2.000,00 €.
 - B** Ein Kaufvertrag über ein Grundstück wurde schriftlich abgeschlossen.
 - C** Ein sechsjähriger Junge kauft von seinem Taschengeld einen Teddy.
 - D** Ein Autohaus verkauft einen Unfallwagen nach der Reparatur als ein unfallfreies Auto.

7. Ein Unternehmer erhält eine Bestellung, die vom zuvor abgegebenen Angebot abweicht. Welche Bedeutung hat die Auftragsbestätigung für das Zustandekommen des Kaufvertrages?
- A** Annahme eines neuen Antrages und Zustandekommen des Kaufvertrages.
 - B** Neuer Antrag.
 - C** Keine Bedeutung, da der Kaufvertrag bereits durch die Bestellung zustandekam.
 - D** Auftragsbestätigungen haben grundsätzlich keine Bedeutung für den Abschluss von Kaufverträgen.
8. Die Vereinbarung eines Eigentumsvorbehaltes in den allgemeinen Geschäftsbedingungen bedeutet:
- A** Der Lieferer erhält das Eigentum an der Ware zurück, wenn der Kunde nicht bezahlt.
 - B** Der Lieferer bleibt bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises Eigentümer der Ware.
 - C** Der Kunde wird nach Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungspflicht Eigentümer der Ware.
 - D** Der Kunde kann erst nach vollständiger Bezahlung des Kaufpreises über die Ware verfügen.
9. Herr Kilic und Herr Müller aus Bremen einigen sich am 15. März 2016 darauf, dass Müller das Reihenhaus „Sonnenallee 18“ in Bremen für 250.000,00 € von Herrn Kilic erwirbt. Der Kaufvertrag wird am 30. März 2016 vom Notar beurkundet. Darin ist der Übergang von Nutzen und Lasten zum 1. Juni festgelegt. Der Kaufpreis ist bis zum 15. Juni zu bezahlen. Das Amtsgericht Bremen schreibt am 1. Juli im Grundbuch um. Wann wurde der Kaufvertrag rechtsgültig abgeschlossen?
- A** 15. März
 - B** 30. März
 - C** 15. Juni
 - D** 1. Juli

10. Was versteht man unter einem Mahnbescheid?
- A** Schriftliche Mahnung durch die Mahnabteilung eines Unternehmens.
 - B** Aufforderung eines Amtsgerichts an den Schuldner, die Verfahrenskosten umgehend zu bezahlen.
 - C** Zahlungsaufforderung eines Gerichtsvollziehers an einen Schuldner im Rahmen einer Zwangsvollstreckung.
 - D** Aufforderung des Amtsgerichts, eine vom Gläubiger behauptete Schuld innerhalb von 2 Wochen ab Zustellung zu begleichen.
11. Welches vorrangige Recht hat der Käufer bei einer Schlechtleistung?
- A** Nacherfüllung
 - B** Minderung des Kaufpreises
 - C** Schadenersatz neben der Leistung
 - D** Rücktritt vom Vertrag
12. Welche der folgenden Aussagen über den Erfüllungsort ist richtig?
- A** Der Erfüllungsort für die Warenschuld und die Geldschuld ist immer der Geschäftssitz des Verkäufers.
 - B** Am Erfüllungsort wird der Gläubiger durch rechtzeitige und mangelfreie Leistung von seinen Pflichten befreit.
 - C** Die Frage des Erfüllungsortes kann beim zweiseitigen Handelskauf in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen geregelt werden.
 - D** Der Erfüllungsort kann beim Verkauf von Waren grundsätzlich nicht vertraglich vereinbart werden.

Soziale Sicherung

13. Welche Aussage über die gesetzliche Krankenversicherung ist richtig?
- A** Jeder Angestellte ist unabhängig von der Höhe seines Bruttogehaltes bei der gesetzlichen Krankenversicherung versichert.
 - B** Kaufmännische Angestellte erhalten im Krankheitsfall sechs Wochen ihr Gehalt weiter; danach beziehen sie Krankengeld.
 - C** Ein krankenversicherungspflichtiger Mitarbeiter kann verlangen, dass er bei seiner berufstätigen Ehefrau, die ebenfalls krankenversichert ist, mitversichert wird.
 - D** Das Krankengeld ist für jeden Arbeitnehmer gleich hoch und unabhängig vom Verdienst.
14. Die Rentenversicherung basiert u. a. auf dem grundlegenden Prinzip des „Generationenvertrages“. Was ist darunter zu verstehen?
- A** Vorrangig hat der Staat für die Absicherung der Generationen zu sorgen.
 - B** Der Staat übernimmt nur solche Aufgaben, die nachgeordneten Institutionen, wie z. B. Familie, nicht erfüllen können.
 - C** Die jüngere Generation sichert zum Teil die Altersvorsorge für die ältere Generation.
 - D** Einer muss für den Anderen in der Familie eintreten.
15. Welche Bedeutung hat die Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung?
- A** Übersteigt der Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers die Beitragsbemessungsgrenze, so ist er nicht mehr versicherungspflichtig.
 - B** Die Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung ist auch die Grundlage für die Berechnung des Beitrages des Arbeitgebers zur Berufsgenossenschaft.
 - C** Liegt der Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers über der Beitragsbemessungsgrenze, so ist die Beitragsbemessungsgrenze Berechnungsgrundlage für die Beitragszahlung.
 - D** Liegt der Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers unter der Beitragsbemessungsgrenze, so hat er den Beitrag nach der Beitragsbemessungsgrenze zu zahlen.

16. Welche Leistung erbringt die Bundesagentur für Arbeit?

- A Sozialhilfe
- B Berufshilfe nach einem Arbeitsunfall
- C Mutterschaftsgeld
- D Arbeitslosengeld

Handelsrecht

17. Wer ist berechtigt, in das Handelsregister Einsicht zu nehmen?

- A Nur Behörden und Auskunfteien.
- B Jeder, denn das Handelsregister ist öffentlich.
- C Nur Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.
- D Jeder mit Genehmigung des eingetragenen Unternehmens.

18. In welcher Aufzählung handelt es sich nur um Formkaufleute?

- A AG, GmbH, eG
- B e. K., Partnerschaftsgesellschaft
- C AG, GmbH & Co. KG
- D OHG, KG, GbR

19. Welche Handlung darf ein Prokurist vornehmen?

- A Prokura erteilen oder widerrufen
- B Gesellschafter aufnehmen
- C Kreditgeschäfte mit Banken abschließen
- D Verkauf des Unternehmens

20. Welche der folgenden Eintragungen in das Handelsregister hat konstitutive Wirkung?

- A Eintragung einer OHG
- B Eintragung der Handlungsvollmacht eines Angestellten
- C Eintragung einer GmbH
- D Widerruf der Prokura